

Newsletter Nr. 04 der BI SüdWest Braunschweig

Von: "Bernd Hoffmann" <magnus304@web.de>
Datum: 05.05.18 / 11.05.18



**Zwei Sonderausgaben des Newsletters
mit diversen Presseartikeln
zur Vorstellung der Machbarkeitsstudie.**

Oberbürgermeister werben fürs größte Gewerbegebiet der Region

Gutachter bewerten das Mammutprojekt der Städte Braunschweig und Salzgitter.

Von Michael Kothe
und Katja Dartsch

Salzgitter. Die Oberbürgermeister der Städte Braunschweig und Salzgitter, Ulrich Markurth und Frank Klingebiel, haben am Freitag die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie für das interkommunale Industrie- und Gewerbegebiet auf der Stadtgrenze vorgestellt.

Kernaussage: Das gemeinsame Gewerbegebiet ist sinnvoll und machbar – es gibt jedoch mehrere Knackpunkte. Zum einen raten die Gutachter von einer Entwicklung der gesamten Fläche von mehr als 300 Hektar ab. Sie empfehlen, den nördlichen Bereich am Ellernbruchsee, wo etliche geschützte Tierarten leben, unangestastet zu lassen.

Ein großes Problem ist die Verkehrssituation. Insbesondere die Durchfahrt von LKW in den Orten soll vermieden werden. Um den Verkehr aus dem Gewerbegebiet direkt auf die A39 zu leiten und die angrenzenden Ortschaften nicht weiter zu belasten, soll der Bau einer zusätzlichen Anschlussstelle bei Thiede geprüft werden. Kosten: bis zu 40 Millionen Euro.

Insgesamt schätzen die Gutachter die Entwicklung der kleineren Variante (145 Hektar, davon 40 Hektar für lärmintensive Rund-um-die-Uhr-Industrie) auf 125 Millionen Euro. Die Oberbürgermeister setzen darauf, dass knapp 60 Millionen Euro mit Fördermitteln von Bund und Land gedeckt werden können. In knapp 20 Jahren könnte das Gewerbegebiet dann unter Berücksichtigung aller Einnahmen und Ausgaben



Braunschweigs Oberbürgermeister Ulrich Markurth (links) und sein Amtskollege Frank Klingebiel aus Salzgitter stellen die Machbarkeitsstudie vor.

Foto: Bernward Comes

erstmalig Gewinne in die Stadtkassen spülen – Tendenz steigend.

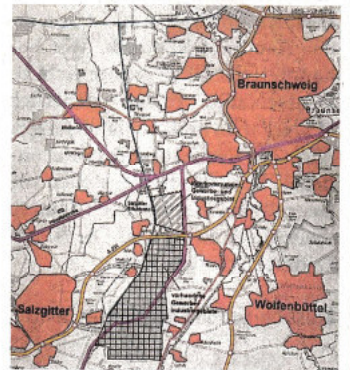
Eine weitere Herausforderung: Im regionalen Raumordnungsprogramm ist in einem Teilstück des Gebiets der Abbau von Kies geplant. Diese Pläne müsste der Regionalverband zurücknehmen, damit das Gewerbegebiet realisiert werden kann.

„Es sind dicke Bretter zu bohren“, räumte Klingebiel ein: „Aber es lohnt, sich diesen Herausforderungen zu stellen.“ Markurth bekräftigte: „Wir wollen in der ersten Liga der Industriepolitik weiter mitspielen.“ Die Studie habe verdeutlicht, welche große Chance dieses Gebiet berge: „Nir-

gendwo in Niedersachsen gibt es eine vergleichbare Fläche von dieser Größe und dieser Qualität.“

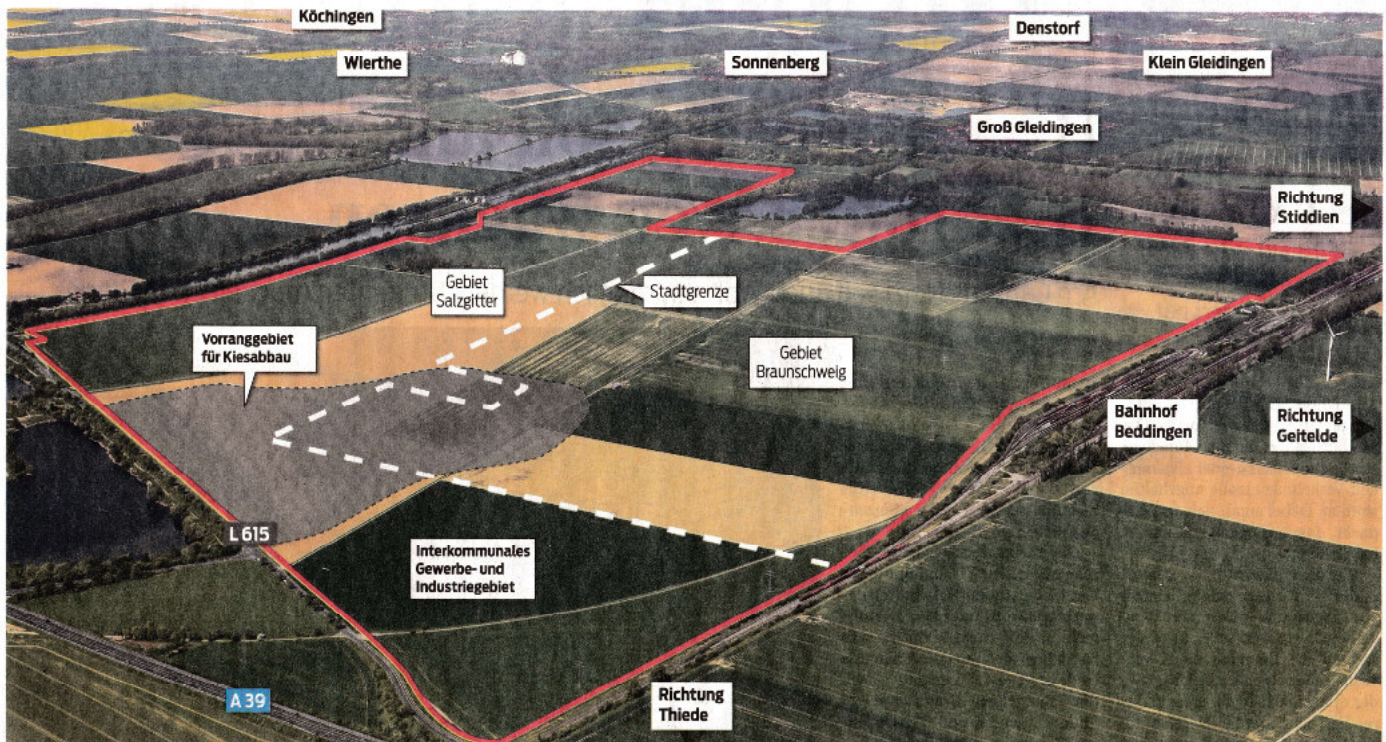
Am Vormittag hatten beide Verwaltungen die Räte über die Studie informiert. Nun erwarten die Oberbürgermeister von den Politikern eine Vorentscheidung im Juni. Sollten die Pläne weiter auf grundsätzliche Zustimmung stoßen, wollen die Verwaltungen die offenen Fragen klären, mit Ministerien und Behörden verhandeln. „Bis Ende September 2019 erwarten wir belastbare Ergebnisse“, sagte Klingebiel.

Mehr über die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie im **Lokalteil**.



Die Karte zeigt die zentrale Lage des geplanten Gewerbegebiets (gestrichelte Fläche). Darunter: die Werke von VW und Salzgitter AG sowie andere Betriebe (kartiert). Grafik: Stadt BS

Das Gewerbegebiet Braunschweig-Salzgitter



Die rot markierte Fläche wurde im Rahmen der Machbarkeitsstudie untersucht. Ergebnis: Die Gutachter raten davon ab, das gesamte Gebiet für Industrie und Gewerbe zu erschließen. Der nördliche Teil bei Stiddien und am Ellernbruchsee (oberer Bildrand) soll unberührt bleiben, und nur 145 Hektar der mehr als 300 Hektar großen Fläche sollen genutzt werden.

Foto: Dieter Heitfeld/Craffik; Jürgen Runo

Vorteile des Areals sind Lage und Größe

Die Gutachter stellen in ihrer Bestandsaufnahme einen hohen Bedarf an Flächen für 24-Stunden-Betriebe fest.

Von Michael Kothe

Salzgitter/Braunschweig. Benötigen Salzgitter und Braunschweig weitere Industrie- und Gewerbeflächen? Haben die beiden Städte mit dem mehr als 300 Hektar großen Areal auf der Stadtgrenze zwischen Thiede, Beddingen und Stiddien ein geeignetes Gebiet für rund um die Uhr produzierendes Gewerbe gefunden? Und ist die an Straße, Schiene und Stüchkanal angebundene Fläche, die zum größten Gewerbegebiet der Region werden könnte, überhaupt vereinbar mit den Zielen von Natur- und Landschaftsschutz, Verkehr und Immissionschutz?

Das sind die Fragen, die die Gutachter der Machbarkeitsstudie für das geplante interkommunale Gewerbegebiet Braunschweig-Salzgitter (INGE) für Kosten von rund 300 000 Euro



„Braunschweig hat seit Jahren einen zunehmenden Engpass bei Ansiedlungsflächen.“

Gerold Leppa, Wirtschaftsdezernent der Stadt Braunschweig.

umfassend beantworten sollten.

Ein Jahr hatten die Fachleute von „ExperConsult“ Zeit. Und die nutzten sie für eine detaillierte Bestandsaufnahme, Gewerbeflächenanalyse, Bedarfsprognose und eine Auflistung der Chancen und Risiken bei Umsetzung des Gewerbegebiets. Über allem standen die nahezu entscheidende Fragen: Wie wirtschaftlich ist das Vorhaben? Bringt es den beiden Städten ökonomische Vorteile, und stärkt es nachhaltig beide Wirtschaftsstandorte?



„Wir haben bis 2018 einen zusätzlichen Bedarf von 69,4 Hektar gewerblichen Flächen.“

Thomas Wetzel, Geschäftsführer der Wirtschafts- und Innovationsförderung.

Bevor sie die Fragen beantworten, legen die Gutachter die Lupe an, machen eine Bestandsaufnahme. So haben sie laut Braunschweigs Wirtschaftsdezernent Gerold Leppa bestätigt, dass die Stadt „seit Jahren einen zunehmenden Engpass bei Ansiedlungsflächen verzeichnet“. Sofort verfügbar seien derzeit nur 19,88 Hektar Gewerbeflächen. Davon seien 14 Hektar für Unternehmen der Luft- und Raumfahrt sowie der Verkehrstechnik vorbehalten. Flächen für Industriebetriebe?

Fehlzanzeige. 24-Stunden-Betriebe mit einem Lärmpegel über 60 Dezibel (A) können sich in der Löwenstadt nicht ansiedeln. Die Folge: 2017 wurden trotz höherer Nachfrage nur 10 200 Quadratmeter verkauft. Wer an Gewerbeflächen interessiert ist, zahlt Quadratmeterpreise von 33,90 Euro.

In Salzgitter ergibt sich ein anderes Bild: 62,8 Hektar Flächen für Gewerbe (47 Prozent) und Industrie (51 Prozent) sind hier noch für Quadratmeterpreise von rund 19 Euro zu haben. Allerdings fehlen auch hier Grundstücke für Industrie- und Logistikunternehmen mit lautstarkem Rund-um-die-Uhr-Betrieb.

Der Bedarf zeigt sich laut Gutachter quantitativ und qualitativ in der gesamten Region. Allein für Braunschweig und Salzgitter, betont Thomas Wetzel, Geschäftsführer der Wirtschafts- und Inno-

vationsförderung Salzgitter (Wis), sagen Prognosen bis 2028 einen zusätzlichen Bedarf von 69,4 Hektar Gewerbeflächen voraus. „Es ist davon auszugehen, dass der tatsächliche Bedarf noch höher liegt“, heißt es in der Studie. Die Weichen zur Weiterentwicklung von Gewerbe- und Industriegebieten müssten daher „bereits heute gestellt werden“.

Die geplante Fläche bei Thiede biete etwa durch Lage und Größe eine Qualität, „die am Markt aktuell kaum bis gar nicht zu finden ist“, bilanzieren die Analysten.

Sehen Sie mehr!

Ein Video mit den Oberbürgermeistern und alle Einzelgutachten finden Sie hier:

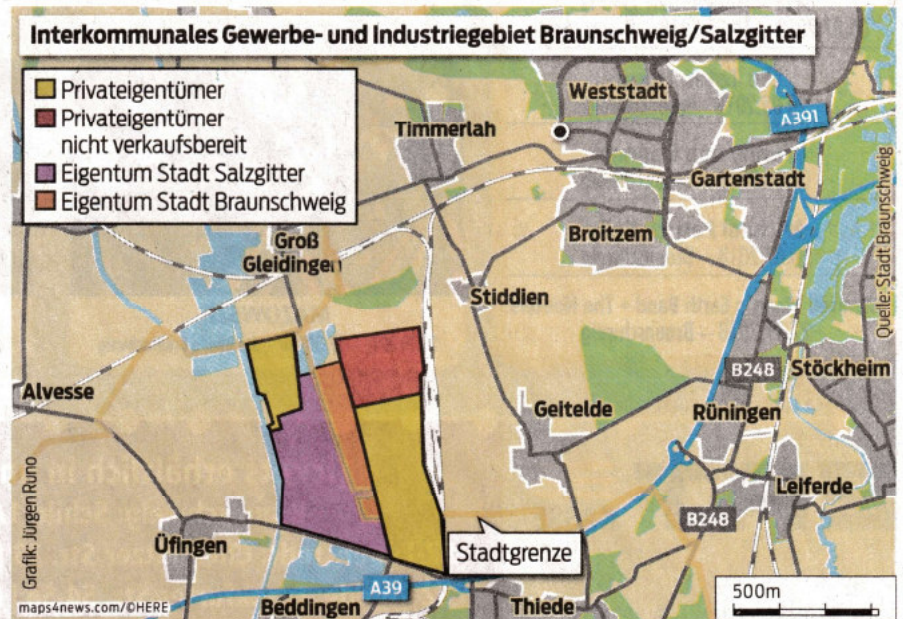
braunschweiger-zeitung.de

Wem gehören die Flächen?

Die Eigentümer der Felder im Nordosten wollen nicht verkaufen.

Von Katja Dartsch

Braunschweig/Salzgitter. Etwa die Hälfte des gesamten Areals befindet sich im Eigentum der Städte Braunschweig und Salzgitter. Die andere Hälfte ist in privatem Besitz. Die Landwirte, denen die nordöstlich gelegenen Felder gehören, sind nicht zum Verkauf oder Tausch bereit – diese Flächen würden für die abgespeckte Variante des Gewerbegebiets jedoch auch nicht benötigt. Die privaten Eigentümer der übrigen Felder haben nach Angaben der Verwaltung alle Verkaufsbereitschaft signalisiert. Ersatzland in der Nähe zu finden, könnte sich allerdings als schwierig erweisen.



Für die Realisierung der ersten, südlichen Hälfte des Gewerbegebiets müsste Land angekauft werden – die Eigentümer seien verkaufsbereit, heißt es.

Die OBs wollen Zusagen vom Land

Markurth und Klingebiel knüpfen die Umsetzung an Bedingungen.

Von Michael Kothe

Salzgitter/Braunschweig. Das Ergebnis der Machbarkeitsstudie zum interkommunalen Industrie- und Gewerbegebiet ist von den Oberbürgermeistern Ulrich Markurth (Braunschweig) und Frank Klingebiel (Salzgitter) in einer gemeinsamen Erklärung kommentiert worden. Beide koppeln die Umsetzung des Vorhabens an Bedingungen.

Zum einen fordern sie, lediglich die Varianten 1 und 2 umzusetzen. Das bedeutet die Nutzung einer Gesamtfläche von 145 Hektar, davon 105 Hektar Gewerbe, der Rest Industrie). Allerdings nur unter diesen Voraussetzungen:

- 1. Der Regionalverband Großraum Braunschweig** hebt das Vorranggebiet für den Kiesabbau auf.
- 2. Das Land** stimmt mit beiden Städten Maßnahmen ab, die vor allem in den betroffenen Orten in Salzgitter dazu führen, die Verkehrsbelastung durch LKW „deutlich zu minimieren oder sogar ganz auszuschließen“.
- 3. Das Land** erklärt verbindlich, dass es die in der Machbarkeitsstudie eingeplante Landesförderung von 40 Prozent der Gesamtkosten zur Verfügung stellen wird.
- 4. Das Land** erklärt verbindlich, dass es 60 Prozent der Kosten für eine weitere A39-Anschlussstelle nach dem Gemeindeverkehrs-Finanzierungsgesetz fördert.

- 5. Bis Ende September 2019** werden „belastbare Ergebnisse“, insbesondere zu den nötigen Landesförderungen, erwartet – sofern die Räte im Juni 2018 zustimmen.

SO GEHT ES WEITER

Die beiden Städte stellen die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie interessierten Bürgern am Montag, 7. Mai, ab 18.30 Uhr in der Stadthalle in Braunschweig vor.

Unsere Zeitung diskutiert über das Thema bei einer Podiumsdiskussion in drei Wochen in Salzgitter.

Experten raten zu neuem

Die Gutachter halten millionenschwere Straßenausbaumaßnahmen

Von Michael Kothe

Salzgitter. Dass das geplante interkommunale Gewerbegebiet vor allem im nahen Thiede den Durchgangsverkehr massiv erhöhen könnte, ist einer der zentralen Kritikpunkte, die die Gutachter in der Machbarkeitsstudie unter die Lupe genommen haben. So hat die örtliche Bürgerinitiative jüngst angekündigt, „alle ihr zur Verfügung stehenden demokratischen und juristischen Mittel“ zu ergreifen, um für die Erhaltung der Lebensqualität auch in den Kanaldörfern Üfingen, Sauingen und Bleckenstedt zu kämpfen.

Während die Gutachter in den Braunschweiger Stadtteilen Geitelde, Stiddien und Timmerlah keine Verkehrszunahme erwarten, empfehlen sie aufwändige Entlastungsmaßnahmen auf dem Stadtgebiet Salzgitters. „Eine weitere Belastung der Ortsdurchfahrt Thiedes mit LKW-Verkehren ist politisch nicht umsetzbar“, stellen sie in ihrer Studie fest. Sie raten daher, die betroffenen Straßen umzustufen und neu entstehende Verkehre auf das überregionale Autobahnnetz umzuleiten. Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel und Amtskollege Ulrich Markurth gehen einen Schritt weiter: Sie wollen dem Gewerbegebiet erst zustimmen, wenn das Land Maßnahmen zustimmt, mit denen die LKW-Belastung minimiert oder ausgeschaltet wird.

Doch auch die von den Gutachtern empfohlene Verlagerung des Verkehrs ist aufwändig. Denn die



Die hohe Verkehrsbelastung, die schon jetzt in Thiede herrscht, könnte sich durch

Anschlussstelle der Autobahn (A 39) bei Thiede sei „zu Spitzenzeiten bereits heute an ihren Kapazitätsgrenzen“, urteilen sie.

Also raten sie zur größeren und kostspieligeren Lösung. So empfehlen sie, in zwei Bauabschnitten die Landesstraße (L 625) vierstreifig auszubauen und auf der A 39 eine weitere Anschlussstelle zu installieren. Wenn die Kreuzungen der L 615 mit der Kreisstraße (K 15) und der A 39-Aus-

fahrt aus Richtung Braunschweig zu Kreisverkehren ausgebaut würden, wäre dies der erste Schritt in die richtige Richtung.

Zweite Maßnahme sollte der Bau einer neuen Anschlussstelle zur A 39 aus Richtung K 16 sein. Vorteile: Größere Verkehrsmengen fließen direkt aufs Autobahnnetz, die Anschlussstelle Thiede würde entlastet, der Durchgangsverkehr reduziert. Die Kosten dafür: bis zu 40 Millionen Euro.

A39-Anschluss

für nötig, um anliegende Orte zu entlasten.



ch das Gewerbegebiet massiv erhöhen, befürchteten die Anwohner.

Foto: Comes



So sehen die Pläne für den Bau einer neuen Anschlussstelle auf der Autobahn (A39) bei Thiede aus. Kosten: bis zu 40 Millionen Euro.

Skizze: Runo

Verzicht auf den Kiesabbau

Der Regionalverband müsste umplanen.

Von Katja Dartsch

Braunschweig/Salzgitter. Im südliche Bereich des für das Gewerbegebiet angedachten Areals ist für die Zukunft eigentlich ein großes Kiesabbaugebiet vorgesehen. Als „Vorranggebiet Kiesabbau“ sind im Regionalen Raumordnungsprogramm insgesamt 40 Hektar angedacht.

Für die Städte Braunschweig und Salzgitter bedeutet das eine weitere planerische Hürde: Mit der Erstellung eines Bbauungsplans für ein Gewerbe- und Industriegebiet dürften sie nämlich erst beginnen, wenn diese regionalplanerische Festlegung durch ein Änderungsverfahren aufgehoben würde. Der Regionalverband Braunschweig müsste also auf den Kiesabbau an dieser Stelle verzichten – und versuchen, geeignete alternative Flächen in der Region zu finden.

„Ohne eine Verlegung des Abbaubereiches ist das Gewerbegebiet sinnvoll nicht zu entwickeln“, heißt es in der Studie. Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel hofft bis Ende 2019 auf folgendes Ergebnis: „Der Regionalverband Großraum Braunschweig leitet im Einvernehmen mit dem Land das Änderungsverfahren zur Aufhebung des Vorranggebiets Kiesabbau ein.“



Im Süden des Areals sollte künftig eigentlich Kies abgebaut werden – wird jetzt umgeplant?

Symbolfoto

Kammolche und Feldlerchen

Der Bereich rund um den Ellernbruchsee soll verschont bleiben.

Von Katja Dartsch

Braunschweig/Salzgitter. Der Bereich um den Ellernbruchsee und den Forst Stiddien wird von den Gutachtern als naturschutzfachlich wertvoll bewertet. Dort leben geschützte Tierarten wie Kammolche und Feldlerchen. Die Experten raten von einer Nutzung dieses Bereichs für das Gewerbegebiet ab. Auf den übrigen Flächen wurden Feldhamsterbauten nachgewiesen. Erforderlich wären dafür Kompensationsflächen von rund 160 Hektar. Im Fazit der Studie heißt es: „Das Fachgutachten für Flora und Fauna sowie die Erkenntnisse zum Thema Klima zeigen lösbbare Aufgaben an.“



Der Ellernbruchsee ist bei Anglern beliebt. Der Bereich rund um den See soll nach dem Vorschlag der Gutachter unangetastet bleiben.

Foto: Cornelia Steiner

Gutachter raten: Schließt Atommüllfirmen aus!

Die Pläne entsprechender Unternehmen können zivilrechtlich verhindert werden.

Von Michael Kothe

Salzgitter. Immer wieder geht in der Bevölkerung die Angst um, im geplanten interkommunalen Gewerbegebiet könne Atommüll zwischengelagert werden, der für das vorgesehene, ab 2027 in Betrieb gehende nahe Endlager Schacht Konrad bei Bleckenstedt vorgesehen ist. Die Räte der Städte Braunschweig und Salzgitter hatten daher der Machbarkeitsstudie

im Sommer 2017 zwar zugestimmt, aber in einer Klausel festgelegt, dass atomverarbeitende Betriebe ausgeschlossen werden sollen.

Die Gutachter raten daher in der Machbarkeitsstudie, die Ansiedlung von Betrieben, „die einer atom- oder strahlenschutzrechtlichen Genehmigung bedürfen“, mit zivilrechtlichen Schritten zu verhindern. Allerdings gelte das nur dann, sofern das Baurecht

kommunale Flächen betrifft. Zudem empfehlen die Experten, bei der Käuferauswahl und einer gezielten Ausgestaltung der Grundstückskaufverträge den Abschluss unerwünschter Betriebe zu gewährleisten. So könnten die Kommunen bei Verletzung der Unterlassungspflicht ein Rück- oder Vorkaufsrecht geltend machen. Außerdem könne in den Rathäusern zu Rechtsnachfolgeklauseln gegriffen werden.

Der Zeitplan und die Bauabschnitte

Von Katja Dartsch

Braunschweig/Salzgitter. Die wahre Größe des Projekts lässt sich gut an den zeitlichen Dimensionen erkennen: Die Planer gehen von einem Entwicklungszeitraum von 40 Jahren für das gesamte Gelände aus. Die Gutachter empfehlen, das Gewerbegebiet in drei Bauabschnitten von Süden nach Norden zu entwickeln – und sie raten davon ab, den nördlichsten Bereich zu erschließen.

Der erste Bauabschnitt (99 Hektar) wäre mit „relativ überschaubarem Aufwand für die zu schaffende verkehrliche Infrastruktur zu bewältigen“, heißt es im Gutachten. Für den zweiten Bauabschnitt (46 Hektar) wäre hingegen eine zusätzliche Anschlussstelle der A 39 für das Gewerbegebiet „unerlässlich“, wie die Oberbürgermeister betonen. Für den dritten Bauabschnitt (66 Hektar) müsste eine Stromtrasse verlegt werden.

Die ersten beiden Bauabschnitte könnten gemeinsam geplant werden. Die Kosten hierfür werden auf 125 Millionen Euro geschätzt. Rund 2700 neue Arbeitsplätze könnten entstehen. Erste Gewinne würde das Gebiet aber erst in vielen Jahren abwerfen: Unter Berücksichtigung aller Einnahmen und Ausgaben wird bis zum Jahr 2039 mit 3,8 Millionen Euro Gewinn gerechnet.

Wie geht es nun weiter? Im Juni sollen die Räte beider Städte entscheiden, ob mögliche Lösungen für die erkannten Problemfelder (Verkehr, Kiesabbau, Fördergelder) erarbeitet werden sollen. Ende 2019 stünde dann die Entscheidung an, ob die ersten Bauabschnitte tatsächlich realisiert werden sollen. Die Entscheidung über einen möglichen dritten Bauabschnitt müsste erst in 15 bis 20 Jahren getroffen werden.

Protest wächst seit Anfang 2017

Von Michael Kothe

Braunschweig/Salzgitter. Vor zwei Jahren haben die Oberbürgermeister von Braunschweig und Salzgitter ihre Idee eines gemeinsamen Gewerbe- und Industriegebiets bei Stiddien, Geitelde und Üfingen erstmals vorgestellt. Seitdem ist der Protest in den angrenzenden Orten massiv gewachsen.

Im April 2017 wurde die Bürgerinitiative „Südwest Braunschweig“ (BI) gegründet. Auf dem Stadtgebiet Salzgitters wuchs ab November die Bürgerinitiative „Nein zum Industriegebiet Salzgitter/Braunschweig“. Die Protestierenden aus Braunschweig haben inzwischen eine eigene, 58-seitige „alternative Machbarkeitsstudie“ erarbeitet. Sie sieht erwartungsgemäß weder den Bedarf noch eine Umsetzungsmöglichkeit für ein Gewerbegebiet in der geplanten Dimension.

Die Üfinger BI hat jüngst erst „erbitterten Widerstand“ gegen das Vorhaben angekündigt. Die Umsetzung bedeute einen „gefährlichen Irrweg für Mensch und Natur“. Doch die Ergebnisse der Studie kannten beide BIs nicht.

Bürger machen Druck: Nein zum Industriegebiet

Freitag und Montag wird die Machbarkeitsstudie vorgestellt. Die Bürgerinitiative „Südwest Braunschweig“ bekräftigt ihre Kritik.

Von Cornelia Steiner

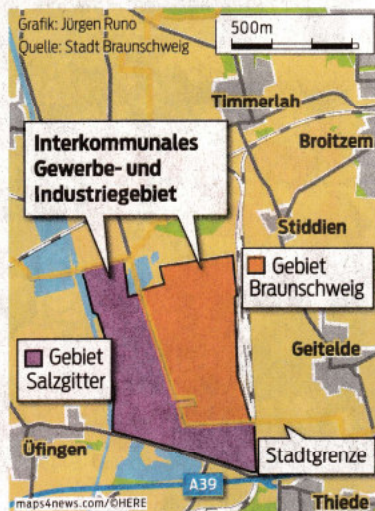
Braunschweig. Zwei Jahre sind vergangen, seit die Oberbürgermeister von Braunschweig und Salzgitter ihre Idee eines gemeinsamen Gewerbe- und Industriegebietes bei Stiddien, Geitelde und Üfingen vorgestellt haben. In der Zwischenzeit ist zweierlei geschehen:

- Zum einen haben die beiden Städte auf Beschluss ihrer Räte eine gemeinsame Machbarkeitsstudie erstellt. Sie besteht aus mehreren Einzelgutachten von externen Fachleuten und wird am Freitag, 4. Mai, Politikern und Medien präsentiert. Am Montag ist außerdem eine Infoveranstaltung für alle interessierten Bürger vorgesehen.

- Zum anderen ist der Protest in den angrenzenden Orten gewachsen: Im April 2017 wurde die Bürgerinitiative „Südwest Braunschweig“ gegründet, und in Üfingen folgte im November 2017 die Gründung der Bürgerinitiative „Nein zum Industriegebiet Salzgitter/Braunschweig“. Die Braunschweiger Bürgerinitiative hat nun eine eigene „alternative Machbarkeitsstudie“ erarbeitet, wie der Vorsitzende Edgar Vögel mitteilt. Sie soll an diesem Mittwoch veröffentlicht werden – also bevor die städtische Machbarkeitsstudie vorgestellt wird.

Die Bürgerinitiative kommt erwartungsgemäß zu folgendem Ergebnis: „Es besteht keine Machbarkeit für die Umsetzung des geplanten Gewerbe- und Industriegebiets an dem geplanten Standort.“ Auf 58 Seiten listen die Autoren Argumente auf, die ihre Ablehnung untermauern sollen. Hier ein Überblick zu einigen strittigen Punkten:

- Ganz grundsätzlich ist die Bürgerinitiative der Ansicht, dass das bis zu 300 Hektar große Ge-



Die Karte zeigt, welche Fläche für das Industriegebiet infrage kommt.

werbe- und Industriegebiet überhaupt nicht benötigt werde. Es gebe doch genügend freie Gewerbeflächen in unserer Region, meint Edgar Vögel.

Die Stadt Braunschweig hingegen betont, man habe im Stadtgebiet kaum noch frei verfügbare Flächen – insbesondere für Industriebetriebe, die täglich rund um die Uhr produzieren. Auch in Salzgitter gebe es neben Watenstedt nur wenige Flächen für großräumige Industrieansiedlungen. Die Nachfrage sei aber da. Welches Ansiedlungspotenzial es tatsächlich gibt, sollte im Rahmen der Machbarkeitsstudie geprüft werden.

- Groß ist die Sorge der Anwohner vor mehr Verkehr. Schon heute seien die Straßen in einigen Anliegerorten stark belastet. Man befürchte einen Verkehrskollaps, heißt es in der „alternativen Machbarkeitsstudie“.

Wie das Gewerbe- und Industriegebiet genau erschlossen werden könnte, wollen die Städte am Freitag erläutern. Fest steht, dass der Zugang nur über Salzgitteraner Gelände möglich ist. Für Unternehmen ist die Anbindung sehr

INFO-VERANSTALTUNG

Die Machbarkeitsstudie wird am Montag, 7. Mai, ab 18.30 Uhr im Großen Saal der Stadthalle Braunschweig am Leonhardplatz vorgestellt (Einlass ab 18 Uhr).

Die Oberbürgermeister von Braunschweig und Salzgitter erläutern gemeinsam mit Stadtplanungs- und Wirtschaftsexperten der beiden Städte die Ergebnisse. Bürger können anschließend ihre Fragen und Anregungen in großer Runde äußern.

gut: A 39, Verschiebebahnhof Beddingen und Salzgitter-Stichkanal sind ganz nah.

- Die Bürgerinitiative beklagt, dass das Gewerbe- und Industriegebiet zu einer unwiederbringlichen Zerstörung von außergewöhnlich fruchtbaren Ackerböden führen würde. Auch das Landvolk hatte diese Tatsache wiederholt kritisiert. Hinzu komme, dass die Fläche Lebensraum geschützter Tiere sei.

- Was die Bürger auch umtreibt, ist nach wie vor die Frage: Kann die Ansiedlung von Betrieben ausgeschlossen werden, die mit radioaktiven Stoffen arbeiten? Aus Sicht von Edgar Vögel gibt es bislang keinen Beweis dafür, dass dies hundertprozentig möglich ist.

Auch damit hat sich die Machbarkeitsstudie der beiden Städte befasst.

Reden Sie mit!

Der Artikel ist für alle Leser
frei kommentierbar:

braunschweiger-zeitung.de

Kritiker: Das Gewerbegebiet ist überflüssig

Edgar Vögel, Sprecher der Bürgerinitiative Südwest-BS, kennt erste Ergebnisse der Machbarkeitsstudie.

Von Katja Dartsch

Samstag, 24. März 2018
Braunschweig. Im Südwesten unserer Stadt, in unmittelbarer Nähe der Dörfer Stiddien und Gettelde, könnte das größte Industrie- und Gewerbegebiet der Region entstehen. Wie berichtet, arbeiten die Städte Braunschweig und Salzgitter derzeit an einer Machbarkeitsstudie. Die Ergebnisse werden mit Spannung erwartet – auch von der Bürgerinitiative Südwest-BS. Ihr Sprecher Edgar Vögel kritisiert im Interview das Vorhaben – und hält das Gewerbegebiet für überflüssig.

Herr Vögel, warum engagieren Sie sich gegen das geplante Gewerbegebiet?

Ich kenne dort jeden Stein, denn ich bin dort oft mit dem Fahrrad unterwegs. Vor gut einem Jahr war ich bei der ersten Info-Veranstaltung in Gettelde. Seitdem beschäftige ich mich mit dem Thema – und es tun sich Abgründe auf.

Geben Sie bitte ein Beispiel.

Nun, da gibt es etwa den „Luftreinhalteplan“ der Stadt von 2011. Darin geht es um das Klima und die Luft in der Stadt. Darin steht, dass der Wind an den meisten Tagen aus westlicher oder südwestlicher Richtung weht und so frische Luft in die Innenstadt bringt. Die großen Ackerflächen im Südwesten, auf denen nun das Gewerbegebiet geplant wird, sind demnach die grüne Lunge der Stadt.

Der Gutachter kommt zu dem Schluss, dass eine Bebauung und Versiegelung in diesem Gebiet nur in Ausnahmefällen erfolgen sollte. Wenn dort Industrie und Gewerbe angesiedelt werden, ist es mit der sauberen Luft vorbei.

Es geht den Kritikern aber auch um die Ackerflächen, oder?

Bei den Ackerflächen dort handelt es sich um die fruchtbarsten Böden in Europa. Das muss man sich



Edgar Vögel (67) aus Timmerlah ist der neue Sprecher der Bürgerinitiative Südwest-BS. Er folgt damit auf Klaus Werner, der Ende 2017 unerwartet gestorben ist. Vor seiner Pensionierung war Vögel stellvertretender Schulleiter des Kranich-Gymnasiums in Salzgitter.

Foto: Florian Alenkschmidt/BestPixel.de

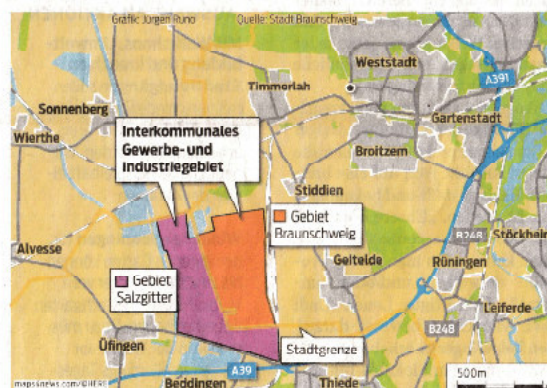
mal vorstellen: Dass die besten Böden, auf denen die höchsten Erträge erzielt werden können, absichtlich und unwiederbringlich zerstört werden sollen. Das ist schwer auszuhalten, finde ich.

Gibt es weitere Punkte, die Sie kritisieren?

Ja, beispielsweise, was den Verkehr angeht: Oberbürgermeister Ulrich Markurth hat gesagt, der Verkehr werde komplett über die A 39 gehen. Das wird so nicht sein: Schon allein wegen der Maut werden viele LKW über die Dörfer fahren. Hinzu kommt, dass die A 39 an etlichen Tagen im Jahr dicht ist. Das bekommen wir Anwohner in den Ortschaften schon jetzt deutlich zu spüren.

Die meisten Einzelgutachten für die Machbarkeitsstudie liegen bereits vor. Es hieß, man prüfe ergebnisoffen ...

Das glaube ich nicht. Salzgitters Oberbürgermeister hat im April 2016 gegenüber Ihrer Zeitung ge-



Rund 300 Hektar soll das geplante interkommunale Gewerbegebiet der Städte Braunschweig und Salzgitter groß sein.

sagt: Das Gebiet werde kommen – in der Studie gehe es nicht um das Ob, sondern um das Wie. Dafür spricht auch, dass mit dem Teilgutachten zur Realisierung ein Beratungsunternehmen beauftragt wurde, das sein Geld eigentlich mit der Umsetzung von Industrie- und Gewerbeflächen für Kommunen verdient. Es ist kaum

zu erwarten, dass diese Firma von einer Realisierung abrät.

Sind Ihnen schon Teilergebnisse bekannt?

Das faunistisch-floristische Teilgutachten liegt uns vor. Rund um den Ellernbruchsee gibt es einige geschützte Arten: Rebhühner,

AKTIONEN

Mit dem Nabu wird eine Führung im betroffenen Gebiet angeboten. Treffen am Ellernbruchsee: Freitag, 20. April, Start um 16.30 Uhr am Parkplatz Ellernbruchsee/„3-Herren-Stein“.

„Wiesen-Open“ am 12. Mai ab ca. 16 Uhr. Open-Air mit Musik und Infos der Bürgerinitiative aus BS und SZ: am Gelände am Fuhsekanal hinter der Unterführung Richtung Ellernbruch.

Online-Petition unter www.rhange.org (Suchwort: Braunschweig).

Feldlerchen, Schafstelze und Feldhamster. Nördlich des Sees gibt es Kammolche. Der Gutachter schätzt, dass die Umsiedlung und die Schaffung von Ausgleichsflächen rund fünf Millionen Euro kosten würde. Hinzu kämen Millionen für den Kauf der Ackerfläche sowie für die Erschließung des Geländes. Die Investition wird also erheblich sein. Und das, obwohl dieses Gewerbegebiet gar nicht gebraucht wird.

Wie kommen Sie darauf? Die Stadt ist auf die Einnahmen aus der Gewerbesteuer angewiesen und hat kaum noch freie Flächen.

Es gibt genug freie Gewerbeflächen in Salzgitter, die die Stadt seit Jahren nicht loswird. Und die Stadt Braunschweig würde gerne mit Fördergeldern die 222 Hektar am Rangierbahnhof im Stadtzentrum kaufen, um dort Wohngebiete und Gewerbeflächen zu entwickeln. Das sollte reichen.

Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie waren für Anfang 2018 versprochen – nun wird es wohl Mai oder Juni. Warum die Verzögerung?

Das rechtliche Gutachten liegt noch nicht vor. Darin geht es um einen heiklen Punkt: Politik und Verwaltung wollen die Ansiedlung von atomverarbeitenden Betrieben ausschließen. Dies rechtssicher zu formulieren, könnte schwierig werden [siehe Bericht unten].

Reden Sie mit!

Der Artikel ist frei kommentierbar im Internet:

braunschweiger-zeitung.de

Die große Sorge vor einem Atommüll

Die BIBS-Fraktion hakt bei der Stadtverwaltung nach. Der Stadtbaur

Von Cornelia Steiner

Braunschweig. Die Sorge, dass auf dem geplanten Industrie- und Gewerbegebiet ein Zwischenlager für Atommüll entstehen könnte, bewegt viele Menschen. Die BIBS-Fraktion hatte daher zur jüngsten Ratssitzung eine Anfrage an die Verwaltung gestellt. Hintergrund: Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung heißt es, dass zügig ein Bereitstellungs-lager für Schacht Konrad geschaffen werden soll. Das Endlager für schwach- und mittelradioaktiven Müll geht nach einer erneuten Verzögerung voraussichtlich 2027 an den Start.

Die BIBS wollte nun wissen, was geschieht, wenn sich das geplante Industrie- und Gewerbegebiet als geeignete Fläche für ein Zwischenlager herausstellen sollte: „Würde die Verwaltung dann vorschlagen, dass auch bei einem positiven Ergebnis der Machbarkeitsstudie kein Gewerbegebiet eingerichtet wird, um die Ansiedlung des Bereitstellungs-lagers abwenden zu können?“

Stadtbaurat Heinz-Georg Leuer machte zunächst deutlich, dass Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies ein Bereitstellungs-lager für ganz Niedersachsen abgeschlossen habe. Abgesehen davon

biete die Ausweisung eines Baugebietes in Verbindung mit einer „beschränkt persönlichen Dienstbarkeit“ im Grundbuch einen weitaus besseren Schutz vor der Ansiedlung eines Zwischenlagers oder anderer nukleartechnischer Betriebe als die Beibehaltung des Status Quo.

„Beschließt der Rat in Ausübung seiner grundgesetzlich garantierten Planungshoheit einen Bebauungsplan, der anderweitige Nutzungen festsetzt, wird es für den Bund oder das Land schwerer, ein Zwischenlager planungsrechtlich zu ermöglichen“, erläuterte Leuer. „Zudem gilt das Zivilrecht

ll-Zwischenlager

urat hält die Bedenken für unbegründet.

ausnahmslos für alle Eigentümer und kann auch nicht durch hoheitliche Maßnahmen des Bundes gegenüber der Gemeinde überwunden werden.“

Die BIBS wollte weiterhin wissen: Konnte die Verwaltung den Ausschluss bestimmten Gewerbes durch eingetragene Dienstbarkeiten im Grundbuch in der Vergangenheit bereits erfolgreich durchsetzen? Dazu sagte Leuer, dass die Verwaltung keine einschlägige Erfahrung habe. Man vertraue dem juristischen Gutachten, das eine national renommierte Kanzlei im Rahmen der Machbarkeitsstudie erstelle.

Eine weitere Frage zielte auf den Bahnhof Beddingen. Er soll als Übergabebahnhof für Schacht Konrad dienen. Die dort zu erwartenden Tätigkeiten wie das Abladen vom Zug und das Aufladen auf einen LKW würden unter den Oberbegriff „Logistik“ fallen, so die BIBS. „Würde die Verwaltung auch dieses Gewerbe ausschließen?“ Leuer: „Die Städte haben keine rechtlichen Zugriffe auf Transporttätigkeiten auf dem Gelände des Übergabebahnhofes. Auf dem Gelände selbst gibt es keine geeignete Fläche und auch nicht das Planungsrecht, einen Logistikbetrieb anzusiedeln.“

Bedrohung oder Chance? Großes Interesse an Gewerbegebiets-Plan

BZ 8.5.2018

400 Bürger kommen in die Stadthalle, um sich die Ergebnisse der Gutachter anzuhören.

Von Katja Dartsch
und Michael Kothe

Braunschweig. Bei der Info-Veranstaltung zum gemeinsamen Industrie- und Gewerbegebiet der Städte Braunschweig und Salzgitter ging es gestern Abend in der Braunschweiger Stadthalle ans Eingemachte. Sehr sachlich hatte die Veranstaltung begonnen, zum Ende hin aber schlugen die Emotionen hoch.

Auf der einen Seite: Die Planer aus den beiden Stadtverwaltungen und die Gutachter, die eine Fülle an Fakten und Daten präsentierten – die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie. Auf der anderen Seite: die Anwohner der umliegenden Dörfer.

Die Oberbürgermeister von Salzgitter und Braunschweig, Frank Klingebiel und Ulrich Markurth, betonten zu Beginn, dass noch nichts entschieden sei: Die Planungen stünden ganz am Anfang. Markurth: „Wir machen hier keine Show-Veranstaltung – und morgen rollt der Bagger. Mitnichten!“ Sie warben aber dafür, die Pläne weiter voranzutreiben. Die Gutachter empfehlen, zunächst zwei Bauabschnitte mit insgesamt rund 145 Hektar zwischen Thiede und Geitelde zu entwickeln – 40 Hektar davon für lärmintensive Industriebetriebe, die rund um die Uhr produzieren.

Tausende neue Arbeitsplätze würde dies bringen und die ganze Region nachhaltig stärken. Markurth stellte klar: „Unsere Region ist das industrielle Herz Niedersachsens!“ Er warnte vor Stillstand und bekam Applaus von den Wirtschaftsvertretern im Publikum. Man müsse aufpassen, dass man die großen Betriebe in der Region nicht verliere: „Wenn die neuen Mobilitäten und Antriebs-



Standen den Bürgern in der Stadthalle Rede und Antwort: Die Oberbürgermeister von Salzgitter und Braunschweig, Frank Klingebiel (links) und Ulrich Markurth.

Foto: Peter Sierigk

techniken nicht in unserer Region entwickelt und produziert werden, dann findet das woanders statt!“

Konzentriert verfolgten die rund 400 Zuhörer die Präsentation. Etliche trugen gelbe Warnwesten – die Vertreter der Bürgerinitiativen. Vor der Veranstaltung hatten sie Flyer verteilt, auf denen stand: „Drei Millionen Quadratmeter Industriegebiet bedrohen unsere Lebensqualität!“ Sie fürchten Lärm und Gestank – und noch mehr Verkehr, der durch ihre Dörfer rollt. Den meisten Applaus bekam Braunschweigs Kripo-

chef Ulf Küch, der ganz privat als Anwohner ans Mikro trat: „Keiner spricht hier von den Menschen in den Kanaldörfern. Wir sind eingekreist von Schwerindustrie und Atommülllager!“ Eine Zuhörerin wollte von Klingebiel wissen: „Können Sie die Hand dafür ins Feuer legen, dass dort keine atomfreundlichen Betriebe unterkommen?“ Eine andere wunderte sich, dass eine finanziell so angeschlagene Kommune wie Salzgitter sich das überhaupt leisten könne.

Ein junger Mann im Publikum hinterfragte die wirtschaftlichen

Prognosen: „Weniger als drei Prozent Gewinn nach 20 Jahren – wenn man das als Privatmann planen würde, würde jeder Unternehmensberater einem abraten. Zumal, wenn man sich einen Teil des Startkapitals erstmal von der Mutter leihen muss“, spielte er auf die erhofften Fördergelder vom Land an. Ohne die, das hatten Markurth und Klingebiel klar gestellt, sei das Mammutprojekt wirtschaftlich nicht machbar.

Lesen Sie mehr zum Gewerbegebiet im **Lokalteil**.

Die Angst vor Dreck, Lärm und Verkehr

BZ 9.5.2018

Tausende Arbeitsplätze verspricht das neue Gewerbegebiet. Aber was ist mit der Lebensqualität der Anwohner?

Von Katja Dartsch
und Michael Kothe

Braunschweig. Die Interessenlagen sind grundverschieden: Das wurde bei der Info-Veranstaltung zum geplanten Industrie- und Gewerbegebiet Braunschweig/Salzgitter am Montagabend in der Stadthalle deutlich.

Die Planer haben insbesondere die wirtschaftlichen Aspekte im Auge: Sie wollen ihre Städte und die ganze Region für die Zukunft aufstellen, wollen Arbeitsplätze schaffen und sichern. Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel verdeutlichte das: „Investoren wollen schnelle Antworten. Die fragen: Habt ihr 30 Hektar oder nicht?“ Deshalb müsse man vorbereitet sein – sonst wanderten Arbeitsplätze und Gewerbesteuer in andere Regionen ab.

Eine ganz andere Perspektive vertreten naturgemäß die Anwohner. Besonders groß ist die Alarmbereitschaft in den Kanaldörfern im Nordosten Salzgitters, die schon jetzt in direkter Nachbarschaft von Schwerindustrie und dem künftigen Atomüllendlager Schacht Konrad leben. Sie fürchten den Verlust von Lebensqualität, wenn noch mehr Dreck, Lärm und Verkehr ihren Alltag bestimmen. Auch in den Braunschweiger Ortschaften Geitelde, Stiddien und Timmerlah sorgen sich die Menschen vor einer Zunahme des Verkehrs – sie sind skeptisch, ob der ganze Verkehr tatsächlich über die A 39 laufen wird, wie die Gutachter es prognostizieren.

Die Machbarkeitsstudie empfiehlt, zunächst ein Areal von 145 Hektar zu entwickeln. Die Planer gehen dabei von einem Zeitraum von 15 Jahren aus. Erste Gewinne würde das Gewerbegebiet nach ihren Berechnungen nach knapp 20 Jahren in die Kassen der Kommunen spülen – hinzu käme der volkswirtschaftliche Nutzen.

Finanziert werden soll das Mammut-Projekt nicht aus den kommunalen Haushalten, son-



Die Vertreter der beiden Städte auf dem Podium (von links): Jens Flügge (Fachbereichsleiter Beteiligungsmanagement Salzgitter), Gerold Leppa (Wirtschaftsdezernent Braunschweig), Michael Tacke (Stadtbaurat Salzgitter), Thorsten Warnecke (Fachbereichsleiter Stadtplanung und Umweltschutz Braunschweig) und die Oberbürgermeister Ulrich Markurth und Frank Klingebiel. Am Pult: Moderator Maik Bohne.

Foto: Peter Sierlig



„Ich komme aus einem der Kanaldörfer. Lärm und LKW-Verkehr bei uns werden zunehmen.“

Sven Läbe

Umfrage: Ida Wittenberg



„Die Mehrbelastung wird enorm. Ich fürchte, dass unsere Häuser an Wert verlieren.“

Alexander Rempel



„Was passiert mit den Dörfern, die stark an Lebensqualität verlieren?“

Jürgen Schieferdecker



„Ich sehe nicht den großen Vorteil – andere Regionen werden gar nicht gefördert.“

Christian Striese

dern über Kommunalkredite, erklärte Klingebiel: „Dafür würden wir eigens eine Gesellschaft gründen.“ 40 Prozent der Investitionskosten sollen vom Land kommen. „Die Signale sind positiv. Aber wir brauchen verbindliche

Zusagen“, stellte Salzgitters Oberbürgermeister klar.

Die Skepsis im Saal war groß angesichts der wirtschaftlichen Berechnungen. Christian Striese (CDU), Ortsbürgermeister von Thiede, merkte an: Die Folgekos-

ten etwa für die verkehrlichen Investitionen müssten die Städte selbst finanzieren. „Da profitiert letzten Endes doch nur die Stadt Braunschweig“, sagte er und stand mit dieser Einschätzung nicht allein da.

Alle Fakten, Videos und viele Fotos finden Sie auf www.braunschweiger-zeitung.de oder hier:



SZ 9.5.2018



Die Vertreter der beiden Städte auf dem Podium stellen die Machbarkeitsstudie für das Industrie- und Gewerbegebiet Salzgitter-Braunschweig in der Braunschweiger Stadthalle vor. Foto: Peter Sierigk

Angst vor Dreck, Lärm und mehr Verkehr

Tausende Jobs soll das neue Industrie- und Gewerbegebiet bringen – doch die Anwohner bangen um ihre Lebensqualität.

Von Katja Dartsch und Michael Kothe

Braunschweig. Die Interessenlagen sind grundverschieden: Das wurde bei der Info-Veranstaltung zum geplanten Industrie- und Gewerbegebiet Braunschweig-Salzgitter in der Stadthalle deutlich.

Die Planer haben insbesondere die wirtschaftlichen Aspekte im Auge: Sie wollen ihre Städte und die ganze Region für die Zukunft aufstellen, wollen Arbeitsplätze schaffen und sichern. Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel verdeutlichte das: „Investoren wollen schnelle Antworten. Die fragen: Habt ihr 30 Hektar vorbereitet sein – sonst wanderten Arbeitsplätze und Gewerbesteuer in andere Regionen ab.“

Eine ganz andere Perspektive vertreten naturgemäß die Anwohner. Besonders groß ist die Alarmbereitschaft in den Kanaldörfern im Osten Salzgitters, die schon jetzt in direkter Nachbarschaft

von Schwerindustrie und dem künftigen Atommüllendlager Schacht Konrad leben. Sie fürchten um die Lebensqualität, wenn noch mehr Dreck, Lärm und Verkehr ihren Alltag bestimmen.

Die Machbarkeitsstudie empfiehlt, ein Areal von 145 Hektar in zwei Bauabschnitten zu entwickeln. Die Planer gehen dabei von einem Zeitraum von 15 Jahren aus. Erste Gewinne würde das Gewerbegebiet nach ihren Berechnungen nach knapp 20 Jahren in die Kassen der Kommunen spülen – hinzu käme der volkswirtschaftliche Nutzen.

Finanziert werden soll das Mammut-Projekt nicht aus den kommunalen Haushalten, sondern über Kommunalkredite, erklärte Klingebiel: „Dafür würden wir eigens eine Gesellschaft gründen.“ 40 Prozent der Investitionskosten sollen vom Land kommen. „Die Signale sind positiv. Aber wir brauchen verbindliche Zusagen“, stellte Salzgitters

Oberbürgermeister klar.

Sehr skeptisch reagierte Thiedes Ortsbürgermeister Christian Striese (CDU). Der schon jetzt stark durch Verkehr belastete Stadtteil, in dem sich demnächst noch ein Mammut-Möbelmarkt ansiedeln wird, könne selbst durch die geforderten Verkehrsmaßnahmen nicht effektiv entlastet werden. Zudem zweifelt Striese die Wirtschaftlichkeitsberechnung an. So müssten die Städte am Ende die Folgekosten etwa für die verkehrlichen Investitionen selbst finanzieren. „Da profitiert letzten Endes doch nur die Stadt Braunschweig“, ahnt Striese.

Einen Multimedia-Beitrag mit allen Fakten zur Machbarkeitsstudie finden Sie auf www.salgitterzeitung.de oder hier: Scannen Sie einfach den QR-Code.



Verträge bremsen Atomfirmen aus

BZ 9.5.2018

OB Klingebiel verweist auch auf den regionalen Endlager-Protest.

Unsere Leserin
Petra Wassmann
aus Salzgitter fragt:

„Können Sie die Hand dafür ins Feuer legen, dass sich dort keine atomfreundlichen Betriebe ansiedeln?“

Die Antwort recherchierten
Katja Dartsch und Michael Kothe

Petra Wassmann, Vorsitzende des Naturschutzbundes Salzgitter (Nabu), ging Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel persönlich an. „Sind Sie wirklich der Meinung, dass die Lasten für das Industrie- und Gewerbegebiet zwischen Braunschweig und Salzgitter gerecht aufgeteilt sind?“, fragte sie. Und Wassmann wollte



Am Eingang zur Stadthalle erwarteten Mitglieder der protestierenden Bürgerinitiative die Besucher der Infoveranstaltung.

Foto: Peter Sierigk

vom OB Gewissheit, dass sich auf dem geplanten Areal keine nukleartechnischen Betriebe ansiedeln.

„Wir sind die Eigentümer. Wir bestimmen, an wen wir verkaufen und zu welchen Bedingungen“, erwiderte Klingebiel. Die vertraglichen Regelungen müssten entsprechend formuliert werden. Und er erinnerte an den regionalen Wi-

derstand gegen die Inbetriebnahme von Schacht Konrad als Atom-müll-Endlager. „Ich werde alles tun, damit Konrad nicht kommt“, versicherte der OB. Sein Braunschweiger Amtskollege Ulrich Markurth räumte ein, dass die verkehrlichen Belastungen durch das Mammutprojekt zum größeren Teil Salzgitter treffen.

Verträge bremsen Atomfirmen aus

SZ 9.5.2018

OB Klingebiel verweist auch auf den regionalen Endlager-Protest.

Unsere Leserin
Petra Wassmann
aus Salzgitter fragt:

„Können Sie die Hand dafür ins Feuer legen, dass sich dort keine atomfreundlichen Betriebe ansiedeln?“

Die Antwort recherchierten
Katja Dartsch und Michael Kothe

Petra Wassmann, Vorsitzende des Naturschutzbundes Salzgitter (Nabu), ging Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel per-



Am Eingang zur Stadthalle erwarten Mitglieder der protestierenden Bürgerinitiative die Besucher der Infoveranstaltung.

Foto: Sierigk

sönlich an. „Sind Sie wirklich der Meinung, dass die Lasten für das Industrie- und Gewerbegebiet zwischen Braunschweig und Salzgitter gerecht aufgeteilt sind?“, fragte sie. Und Wassmann wollte

vom OB Gewissheit, dass sich auf dem geplanten Areal keine nukleartechnischen Betriebe ansiedeln.

„Wir sind die Eigentümer. Wir bestimmen, an wen wir verkaufen und zu welchen Bedingungen“, erwiderte Klingebiel. Die vertraglichen Regelungen müssten entsprechend formuliert werden. Und er erinnerte an den regionalen Widerstand gegen die Inbetriebnahme von Schacht Konrad als Atom-müll-Endlager. „Ich werde alles tun, damit Konrad nicht kommt“, versicherte der OB. Sein Braunschweiger Amtskollege Ulrich Markurth räumte ein, dass die verkehrlichen Belastungen durch das Mammutprojekt zum größeren Teil Salzgitter treffen.

SZ 9.5.2018

Landvolk bangt um Ackerland

Salzgitter. Sehr kritisch hat das Landvolk Braunschweiger Land auf die Pläne für das interkommunale Industrie- und Gewerbegebiet reagiert. In einer ersten Stellungnahme sagte Vorstandsmitglied Manfred Walkemeyer, es sei bedauerlich, dass es keinen Vorrang für hochproduktives landwirtschaftlich genutztes Ackerland gibt. „Wir wünschen dem Acker und seinen Bewirtschaftern so viel Rücksichtnahme wie dem darauf siedelnden Hamster“, heißt es in der Erklärung weiter.

Die Steigerung von Pacht- und Kaufpreisen für landwirtschaftliche Flächen in der Region werde angeheizt, weil für die vom Gewerbegebiet verdrängten Landwirte in der Umgebung Ersatzland beschafft werden muss. Walkemeyer: „In der Summe befürchten wir langfristig einen Verlust von rund 500 Hektar Ackerland“. Das gefährde kleinere Betriebe und erhöhe den Druck auf dem landwirtschaftlichen Pachtmarkt. Das Landvolk warnt davor, verkaufsbereite Landwirte für die Entwicklung des Industrie- und Gewerbegebietes verantwortlich zu machen. *m.k.*

SZ 9.5.2018 Arbeitgeber sind begeistert

Salzgitter. Als „wichtige Weichenstellung für die Zukunft und Wettbewerbsfähigkeit des hiesigen Wirtschaftsraums“ bewerten der Arbeitgeberverband Region Braunschweig (AGV) und der Regionalverband der Metallindustrie das geplante interkommunale Industrie- und Gewerbegebiet. AGV-Vorstandsvorsitzender Wolfgang Niemsch sagte, das Vorhaben sei „eine einmalige Chance“. Weil die hiesigen Betriebe in den kommenden Jahren vor entscheidenden Transformationsprozessen stünden, müssten nun die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die detaillierte Planung erfordere aber noch einige Anstrengung. *m.k.*

BZ 9.5.2018

Angst vorm „Bauernsterben“

Die Kommunen müssen Tauschland erwerben.

Unser Leser
Manfred Walkemeyer,
Kreislandwirt Braunschweig, fragt:

„Land ist nicht vermehrbar. Wo wollen Sie 300 Hektar Ausgleichsfläche hernehmen?“

Die Antwort recherchierten
Katja Dartsch und Michael Kothe

Braunschweig. Kreislandwirt Manfred Walkemeyer, Vorstandsmitglied des Landvolkverbands Braunschweiger Land, sieht im geplanten Industrie- und Gewerbegebiet eine existenzielle Bedrohung für die örtlichen Bauern.

Müssten sie ihr „hochproduktives Ackerland“ verkaufen, führe das zum einen zur 50-prozentigen Steigerung der Pacht- und Kaufpreise für nötiges Ersatzland. Zum anderen seien die Kosten für den

Flächenbedarf und die nötige Verkehrsanbindung in der Machbarkeitsstudie unberücksichtigt geblieben. Walkemeyer wirft den Kommunen vor, mit ihren Plänen „das Bauernsterben in der Region voranzutreiben“.

Auf Widerspruch stieß unter Landwirten die Aussage der Verwaltungen, die Eigentümer von Ackerland auf der rund 145 Hektar großen Fläche der ersten beiden Bauabschnitte seien allesamt verkaufswillig. Dies treffe nur zu, wenn ihnen im Gegenzug gleichwertige Areale angeboten würden – das aber sei zu bezweifeln, sagte etwa der Thieder Altbauer Hartmut Leopold.

Gutachter schätzen, dass rund 160 Hektar Kompensationsflächen benötigt werden. Doch beide Städte besitzen in der Nähe zum Gebiet kein Tauschland. Es müsste erworben werden. Dies werde „hohe Anstrengungen und auch Zeit erfordern“, sagte Salzgitters Baudezernent Michael Tacke.

SZ 9.5.2018

Zu „Oberbürgermeister werben fürs größte Gewerbegebiet in der Region“ vom 5. Mai:

Salzgitter AG, Volkswagen, Alstom – diese Großbetriebe haben genug freie Flächen zur Verfügung, die sie nicht benötigen und mittelständischen Unternehmen als zu bebauende Flächen anbieten könnten.

Wie wäre es zur Abwechslung damit, neue mittelständische Betriebe, die hochwertige Arbeitsplätze schaffen und die hier ihre Unternehmenssteuern zahlen, dort anzusiedeln?

Diese Betriebe bräuchten kein schuldenfinanziertes neues großes Industriegebiet. Aber sie brauchen die Unterstützung der Politik, um sich auf den bereits vorhandenen Flächen zu etablieren.

Dies sollte oberste Priorität haben, und nicht die Versiegelung weiterer Flächen, auf denen bestenfalls multinationale Logistikfirmen Niedriglohneempfänger beschäftigen.

Cora Wolf, Salzgitter

SZ 9.5.2018

Anwohner bängen um Wohngebiete

Salzgitter. Die Machbarkeitsstudie zum gemeinsamen Industrie- und Gewerbegebiet der Städte Braunschweig und Salzgitter hat bei der öffentlichen Infoveranstaltung in der Braunschweiger Stadthalle zu Protesten geführt. Vor allem Einwohner der angrenzenden Kanaldörfer im Nordosten Salzgitters fühlen sich von der Schwerindustrie eingekesselt. Sie befürchten weitere Beeinträchtigung der Wohn- und Lebensqualität. Deutlich wurde auch: Die Angst vor der Ansiedlung nukleartechnischer Betriebe ist sehr groß. *m.k.*

Wie die Oberbürgermeister auf die Kritik reagierten, steht im **Lokalteil**.



Blick über die Felder in östliche Richtung mit dem Windpark bei Geitelde und den Gleisanlagen des Umladebahnhofs Beddingen.

Foto: Cornelia Steiner

Die Grünen winken bereits ab

BZ 8.5.2018

Die Partei hält die Hindernisse für unüberwindbar. Die anderen Fraktionen beraten noch.

Von Michael Kothe

Salzgitter. Das Ringen um das gemeinsame Industrie- und Gewerbegebiet der Städte Braunschweig und Salzgitter hat begonnen. Denn seit Freitag liegt sie vor, die Machbarkeitsstudie, die zu dem Ergebnis kommt, dass das 125-Millionen-Euro-Vorhaben zwischen Beddingen und Stiddien wirtschaftlich sinnvoll und umsetzbar ist. Aufgrund seiner Größe und Lage an der Autobahn (A39), am Salzgitter-Stichkanal und am Verschiebebahnhof Beddingen gilt das Gebiet als einzigartig in ganz Niedersachsen.

Doch die Oberbürgermeister beider Städte, Frank Klingebiel (Salzgitter) und Ulrich Markurth (Braunschweig), haben mehrere Bedingungen an die Umsetzung geknüpft. Zum einen wollen sie zunächst nur zwei Bauabschnitte mit rund 145 Hektar Land umsetzen. Zum anderen fordern sie den Regionalverband Großraum Braunschweig auf, das im Süden bestehende Vorranggebiet für

Kiesabbau aufzuheben. Das Land soll sich zudem mit 40 Prozent an den Gesamtkosten und mit 60 Prozent am Bau einer neuen Autobahn-Anschlussstelle bei Thiede beteiligen. Und es sollen Maßnahmen umgesetzt werden, um den LKW-Verkehr in den angrenzenden Orten auszuschließen oder stark einzuschränken.

Die Ratsfraktionen beider Städte sind am Freitag über das Mammutprojekt informiert worden. Doch während die Braunschweiger Politiker bereits Position bezogen haben, halten sich die Amtskollegen in Salzgitter weitgehend bedeckt.

So verweist SPD-Geschäftsführer Michael Loos auf eine geplante inhaltliche Diskussion in der Fraktion in dieser Woche. Vorher könne keine Aussage zur Studie gemacht werden. Auch CDU-Fraktionschef Rolf Stratmann verweist auf noch ausstehende interne Beratungen. „Chancen werden wir genauso erörtern wie die Einschätzung vornehmen, was kurz-, mittel-

und langfristig für die Stadt Salzgitter mit ihren Menschen vernünftig ist.“ Auch MBS-Chef Stefan Roßmann will „noch kein endgültiges Votum“ abgeben. Eines ist für ihn aber schon jetzt klar: Das Vorhaben gelingt nur, „wenn sich das Land und der Regionalverband zum interkommunalen Gewerbegebiet bekennen.“

FDP-Chef Andreas Böhmken sage, es gehe seiner Fraktion vor allem darum, zwischen wirtschaftlichen Belangen einerseits, Umwelteingriffen, Lärmbelästigung und Ackerböden-Zerstörung andererseits abzuwägen. Dies werde die FDP verantwortungsvoll tun.

„Noch zahlreiche Nachfragen“ zum Vorhaben hat die Linken-Fraktion. Vorsitzender Hermann Fleischer betont, dass die Umsetzung ohne Fördermittel nicht gelingen kann. Positiv für die Linke: neue zusätzliche Arbeitsplätze in Salzgitter zu schaffen.

Eine klare Absage an das Projekt gibt es bereits von den Grünen. Fraktionschef Marcel Bürger sagte, es gebe so viele schwerwie-

gende Hemmnisse, von denen jedes einzelne derart gravierend sei, dass es das Vorhaben zum Scheitern bringen könnte. Darunter etwa die Frage, woher die nötige Ausgleichsfläche von 140 Hektar und die Fördermittel über 60 Millionen Euro von Bund und Land herkommen sollen. Bürger: „An dieses Projekt sollten die Städte keine weiteren Anstrengungen vergeuden“.

Einen Multimedia-Beitrag mit allen Fakten zur Machbarkeitsstudie finden Sie auf

www.salzgitter-zeitung.de oder hier: Scannen Sie einfach den QR-Code.



Reden Sie mit!

Was halten Sie vom geplanten interkommunalen Industrie- und Gewerbegebiet?

salzgitter-zeitung.de

Vorgestellt: Ergebnisse der Machbarkeitsstudie

Braunschweig, 04. Mai 2018

Ein gemeinsames Gewerbe- und Industriegebiet von Braunschweig und Salzgitter als nördliche Weiterentwicklung des Industriegebietes Salzgitter ist grundsätzlich umsetzbar. Bedarf für zusätzliche Flächen, insbesondere mit der Widmung Industriegebiet und der Nutzung im 24-Stunden-Betrieb, ist gegeben. Zugleich stellen sich die aufgezeigten Herausforderungen und Konfliktfelder nicht als unüberwindbare Hemmnisse dar. Die Erarbeitung entsprechender Lösungen wird Aufgabe der Verwaltungen im weiteren Verfahren sein.

Zu diesem Ergebnis kommt unter planerischen wie wirtschaftlichen Gesichtspunkten die Machbarkeitsstudie 'Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Braunschweig-Salzgitter', welche die Oberbürgermeister der beiden Städte, Ulrich Markurth und Frank Klingebiel, am Freitag, 4. Mai, gemeinsam vorgestellt haben. Die Verwaltungschefs werden dafür, im nächsten Schritt die Lösungen und Fördermöglichkeiten zu konkretisieren. Erst wenn die Ergebnisse dieser Untersuchungen vorliegen, soll über die Aufstellung von Bebauungsplänen und die Realisierung des Interkommunalen Gewerbe- und Industriegebietes Braunschweig-Salzgitter verbindlich durch die Räte entschieden werden.

Ein Interkommunales Gewerbegebiet zwischen unseren Städten ist eine einmalige Chance, die wir im Interesse der Zukunftsfähigkeit unserer Region nicht verspielen dürfen, sagt Braunschweigs Oberbürgermeister Ulrich Markurth. Wir brauchen neue Gewerbeflächen. Nirgendwo in unserer Region finden wir eine Fläche vergleichbarer Größe, die auch nur annähernd gute Entwicklungschancen, trimodale Verkehrsanbindung und günstige Lage zu Siedlungsschwerpunkten hätte. Die Entwicklung des Vorhabens hat damit eine landesweite Bedeutung. Diese Chance müssen wir ergreifen. Aber ich sage auch klar: Weitere, vertiefte Untersuchungen sind erforderlich. Wir müssen gute Lösungen insbesondere für die verkehrliche Anbindung erarbeiten, und wir brauchen eine Förderung durch das Land. Allein können wir als Kommunen Erschließung und Entwicklung eines solchen Gewerbegebietes nicht finanzieren. Erst wenn diese Fragen geklärt sind, werden wir den Räten einen entsprechenden Entscheidungsvorschlag machen.

Oberbürgermeister Klingebiel konkretisiert die mögliche Entwicklungsfläche mit rund 145 ha (davon 40 ha Industriefläche) und benennt die Bedingungen, die bis Ende September 2019 zwingend erfüllt sein müssen: Der Regionalverband Großraum Braunschweig leitet im Einvernehmen mit dem Land Niedersachsen das Änderungsverfahren zur Aufhebung des Vorranggebiets Kiesabbau ein. Das Land Niedersachsen erklärt sich verbindlich bereit, eine 40-prozentige Landesförderung zu den Gesamtkosten zu ermöglichen und stimmt mit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr dem Bau einer zweiten Anschlussstelle der A 39 zur K 16 mit einer 60-prozentigen Förderung zu. Darüber hinaus müssen in Abstimmung mit dem zuständigen Verkehrsministerium und der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Maßnahmen ergriffen werden, die die LKW-Verkehrsbelastung in den betroffenen Ortschaften bestenfalls ausschließen oder zumindest deutlich minimieren. Das sind die wesentlichen offenen Punkte, die noch geklärt werden müssen. Und das Ergebnis wird entscheiden, ob und in welchem Umfang die Realisierung am Ende tatsächlich weiter verfolgt werden wird.

Die Machbarkeitsstudie zeigt auf, dass es in der Region keine vergleichbar große Fläche mit ähnlich guter Eignung gibt. Die zentrale Lage in Europa ist hervorragend. Die Möglichkeit flexibler Grundstückszuschnitte mit trimodaler Anbindung, also an die Binnenschifffahrt, die Eisenbahn und das überregionale Autobahnnetz, ist ein großer Standortvorteil. Es ist sinnvoll, Industrie- und Gewerbebetriebe in der Wirtschaftsregion anzusiedeln bzw. zu halten. Viele kleine Standorte in der Fläche verteilt im Land Niedersachsen stellen keine attraktive Alternative dar.

Betrachtet wurde ein 362 Hektar großes Untersuchungsgebiet vom Forst Stiddien im Norden bis zur Autobahn A 39 im Süden, vom Stichtkanal Salzgitter im Westen bis zum - bergabebahnhof Beddingen im Osten. In der summarischen Betrachtung planerischer und wirtschaftlicher Gesichtspunkte ist die Ausdehnung des Gebietes nach Norden zu begrenzen bis zu einer waagerechten Linie, ausgehend vom Bahnhofsgelände am - bergabebahnhof Beddingen. Damit werden die Bereiche rund um den Ellernbruchsee aus der Entwicklung herausgenommen. Somit würden vom insgesamt 362 Hektar (brutto) großen Untersuchungsraum maximal 211 Hektar (netto, also bebaubare Fläche) verbleiben, die abschnittsweise zu einem Gewerbe- und Industriegebiet entwickelt werden könnten. Jeder Abschnitt für sich ist wirtschaftlich, wobei Synergien für die gemeinsame Entwicklung der ersten beiden Bauabschnitte, insbesondere für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, gehoben werden könnten. Das Planungsgebiet würde Teil des schon bestehenden, bedeutsamen und überregional bekannten Gewerbe- und Industriebandes entlang des Salzgitter-Zweigkanals.

Die zentralen Aussagen der Machbarkeitsstudie

Die Ausgangslage

Die Städte Braunschweig und Salzgitter sind prägender Teil einer der forschungsintensivsten Regionen Europas und der wichtigsten Industrieregion Niedersachsens. Internationale Konzerne und renommierte Forschungseinrichtungen verschiedenster Fachgebiete sind hier ebenso ansässig wie ein breit gefächertes Mittelstand. Der bemerkenswerte Mix aus Gewerbe- und Industriestätten sowie wissenschaftlichen Einrichtungen schafft die Grundlage dafür, dass sich hier Wirtschaft und Wissenschaft perfekt ergänzen – so sind tragfähige Strukturen und ein Klima für Kooperationen entstanden, die Innovationen begünstigen. Die wirtschaftliche Stärke und Innovationskraft der Region in Verbindung mit der hervorragenden Lage mitten in Europa machen die Region zu einem attraktiven Standort.

Braunschweig und Salzgitter benötigen zusammen bewertet weitere Flächen zur Ansiedlung von Betrieben, da der Bedarf das aktuell vorhandene Angebot quantitativ und qualitativ übersteigt. Bislang ungenutzte Flächenpotenziale entsprechen häufig nicht den Anforderungen ansiedlungswilliger Unternehmen. Denn aufgrund differenzierter Bedürfnisse ist nicht jede Fläche für jedes Unternehmen geeignet. Einige Unternehmen benötigen besondere Standortqualitäten und können sich beispielsweise nur auf für Gewerbe oder Industrie geeigneten Flächen ansiedeln.

Weder Braunschweig noch Salzgitter können solche Industrieflächen momentan in ausreichendem Umfang anbieten. Zugleich ist die hier bewertete Fläche seit Jahrzehnten in den Flächennutzungsplänen für die Erschließung als Gewerbe- und Industriegebiet vorgesehen. Sogar regional ist dieser Mangel an großen, zusammenhängenden und industriegeeigneten Flächen festzustellen. Wenngleich sich die Wirtschaft auch im Zuge der Digitalisierung wandelt, wird die Industrie für den Standort Deutschland weiterhin eine tragende Rolle spielen.

Insbesondere in der wichtigsten Industrieregion Niedersachsens sind Flächen zur Erweiterung der bestehenden und zur Ansiedlung neuer Industriebetriebe unbedingt notwendig, wenn unsere Region nicht an Bedeutung für diese zentralen Wirtschaftszweige und damit maßgeblich an Arbeitsplätzen in diesem Segment verlieren soll. Gerade für die Zukunft gewerblicher Arbeitsplätze im produzierenden Bereich und in der Logistik ist es unabdingbar, dass Gewerbe- und Industrieflächen zur Verfügung stehen, denn nur dort können die Betriebe errichtet werden. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund des intensiven Wohnungsbaus in verdichteten Lagen der Städte und der nachbarschaftlichen Konflikte zwischen Wohnen und Betrieben in gewachsenen Lagen, in deren Zuge die Verlagerung von Betrieben notwendig wird. Die Machbarkeitsstudie arbeitet die überragende Bedeutung des verarbeitenden Gewerbes und der Industrie in Braunschweig und Salzgitter heraus. Diese überragende Beschäftigungsbedeutung muss für die Zukunft gesichert werden und erfordert eine entsprechende gewerbliche Flächenverratspolitik.

Der Kooperationsansatz

Der interkommunale Kooperationsansatz zur Ausweisung eines gemeinsamen Gewerbe- und Industriegebietes stellt die bedarfsgerechte Entwicklung der benötigten Gewerbe- und Industrieflächen über kommunale Grenzen hinweg dar, stärkt beide Standorte und fördert den Regionsgedanken. Durch ein großes gemeinsames Gewerbe- und Industriegebiet werden auch Braunschweig und Salzgitter die interkommunale Zusammenarbeit weiter intensivieren und ihre Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig stärken. Braunschweig und Salzgitter werden zusammenwachsen, um zusammen wachsen zu können.

Die Chance

Das Gebiet zwischen Stiddien und Beddingen bietet die besten Voraussetzungen für die Umsetzung dieser interkommunalen Kooperation. In keinem anderen Bereich beider Städte und der Region gibt es vergleichbar günstige verkehrliche Bedingungen. Der Standort zeichnet sich insbesondere durch die vorhandene Trimodalität aus Autobahnstraße, Hafen und Gleisanschluss aus. Es gibt auch keine vergleichbar großen Flächen, die sich für industrielle und gewerbliche Nutzung eignen, weil andere Flächen mit ähnlicher Größe zu geringe Abstände zu Wohngebieten aufweisen und deshalb aus Immissionsschutzgründen nicht nutzbar sind. Angesichts des akuten Wirtschaftsflächenmangels ist das Vorhaben aus Sicht der Verwaltungen beider Städte notwendig für die wirtschaftliche Entwicklung Braunschweigs, Salzgitters und der Region. Der neue Standort bietet Unternehmen einen direkten Zugang zu den Fachkräftekompetenzen beider Städte und erreicht damit eine neue Qualität. Beide Städte haben damit die Chance, die Unternehmenslandschaft zu diversifizieren, mit Betrieben und Institutionen aus produzierendem bzw. verarbeitendem Gewerbe, Industrie, Forschung, Dienstleistungen, Logistik, Handel, etc. Damit werden zukunftsfähige Unternehmen und Arbeitsplätze erhalten und geschaffen, und die Standort-Resilienz beider Städte nachhaltig gesichert bzw. weiter gestärkt.

Den geplanten Flächen wird durch ihre Lage, Größe und weitere Merkmale eine Qualität attestiert, die am Markt aktuell selten bis gar nicht zu finden ist. Aus gutachterlicher Sicht ist das Projekt Interkommunales

Gewerbe- und Industriegebiet Braunschweig-Salzgitter wirtschaftlich umsetzbar und wird den beiden Städten und der heimischen Wirtschaft vielversprechende Zukunftsperspektiven ermöglichen. - ber die Gründung einer gemeinsamen Projektgesellschaft soll die Erschließung und Vermarktung erfolgen. Das kommunale Unternehmen kann über Bargesellschaften beider Städte Kommunalkredite in Anspruch nehmen. Eine direkte Belastung der Haushalte erfolgt nicht.

Die Umsetzung

Die Machbarkeitsstudie empfiehlt, von Süden nach Norden 211 Hektar von untersuchten 362 Hektar zu entwickeln, unterteilt in drei Bauabschnitte in einem prognostizierten Zeitraum von etwa 40 Jahren. Die Realisierung der einzelnen Bauabschnitte soll mit einer gesonderten Beschlussfassung durch die Räte der beiden Städte eingeleitet werden. Somit erfolgt die Entwicklung des Interkommunalen Gewerbe- und Industriegebietes an der Nachfrage orientiert. Mit der Entwicklung allein der ersten beiden Bauabschnitte könnten rund 2.700 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Herausforderungen und Konfliktfelder

¿ Eigentum

Etwa die Hälfte der Bruttobauflächen sind bereits zusammenhängend im Eigentum der Städte Braunschweig und Salzgitter. Die Abfrage der Verkaufsbereitschaft zeigt, dass für elf Prozent der zu erwerbenden Flächen keine Verkaufsbereitschaft besteht. Es sind insbesondere die Landwirte im Nordosten des Untersuchungsgebietes, die ihren Betrieb fortführen wollen. Die anderen Grundstückseigentümer haben signalisiert, Verhandlungen zu einem Verkauf oder Flächentausch führen zu wollen.

¿ Verkehr

Die Berechnungen des Verkehrsgutachtens zeigen, dass die vorhandenen Straßen und Kreuzungen zur A 39 hin nicht ausreichen, um den zusätzlichen Verkehr aufnehmen zu können. Ein Ausbau der Verkehrsanlagen wird deshalb erforderlich. Als sehr effektive Maßnahme zur möglichst direkten Führung des zusätzlichen Verkehrs auf das Autobahnnetz wird der Bau einer neuen Anschlussstelle an die A39 von der K16 empfohlen. Hierdurch können auch größere zusätzliche Verkehrsmengen direkt auf das Autobahnnetz gefahren werden. Die vorhandene Anschlussstelle Salzgitter-Thiede würde entlastet und potenzielle Durchgangsverkehre würden reduziert.

Um im Rahmen des zu erstellenden Mobilitätskonzeptes einen Anteil von mindestens 25 Prozent der Personenverkehre mit Bus und Bahn, dem Fahrrad oder als Mitfahrer im Pkw erreichen zu können, ist die Konzeption neuer Bus- oder Bahnlinien erforderlich.

¿ Lärm

Die Ausweisung eines Industriegebietes ist an strenge Auflagen des Schallschutzes gekoppelt. Für eine sogenannte 24-Stunden-Nutzung (rund um die Uhr) an sieben Tagen in der Woche darf die vorhandene umliegende Wohnbebauung nicht über Gebühr mit Schallimmissionen belastet werden. Das Ergebnis zeigt, dass die industrielle Nutzung mit nichtlichem Fahrverkehr auf den innenliegenden Teil des Planungsgebietes zu beschränken ist.

¿ Ausschluss nukleartechnischer Betriebe

Die politischen Gremien der Städte Braunschweig und Salzgitter haben ihrem Willen Ausdruck verliehen, die Zulässigkeit von Nutzungen mit radioaktiven Stoffen im Baugebiet auszuschließen. Die Machbarkeitsstudie zeigt die in erster Linie zivilrechtlichen Möglichkeiten auf, um dies zu erreichen. Braunschweig und Salzgitter können den Ausschluss einer Ansiedlung von atom- oder strahlenschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Anlagen oder von Gewerbebetrieben, in denen radioaktive Stoffe anfallen können, auch in Grundstückskaufverträgen oder sonstigen städtebaulichen Verträgen mit Grundeigentümern vereinbaren. Bei Grundstückskaufverträgen kann die Ansiedlungssteuerung zudem bereits durch die Käuferauswahl sowie durch die Vereinbarung von Rück- und Vorkaufsrechten für den Fall einer Verletzung der Unterlassungspflicht oder der Weiterveräußerung erfolgen. Konkrete Nutzungsausschlüsse können dabei vor allem durch vertragliche Unterlassungsverpflichtungen nebst Rechtsnachfolgeklauseln geregelt werden.

¿ Umwelt- und Artenschutz

Das Gutachten zur Artenerfassung zeigt, dass bei der Umsetzung von drei Bauabschnitten Kompensationsflächen in einer Größe von rund 160 Hektar – zusätzlich zu den Tauschflächen für Landwirte – erforderlich sind. In einem Kompensationsflächenkonzept soll aufgezeigt werden, wie möglichst gleichzeitig die Belange des Biotop- und Bodenschutzes als auch die Belange des Artenschutzes (insbesondere Feldhamster) befriedigt werden können.

¿ Klima

Grundlage ist die Stadtklimanalyse 2012. Eine Bebauung ist grundsätzlich möglich bzw. ausgleichbar aus klimatischen Aspekten. Es sind keine besonderen nachteiligen Auswirkungen auf vorhandene Ortsteile zu erwarten. Potenzielle Emissionen des Gebiets werden schnell verdünnt und abtransportiert.

¿ Boden

Die Böden im Untersuchungsgebiet haben eine hohe Wertigkeit für die Landwirtschaft (Braunschweig-Hildesheimer Lössbörde). Hier finden sich Ackerzahlen von 75 bis 90.

Der Weg zur Machbarkeitsstudie

Den Vorschlag, eine Machbarkeitsstudie für die Entwicklung eines interkommunalen Gewerbegebietes nördlich der A39 an der Stadtgrenze zwischen Braunschweig und Salzgitter zu erstellen, hatten die Oberbürgermeister Frank Klingebiel und Ulrich Markurth im April 2016 gemeinsam den Ratsgremien beider Städte und der Öffentlichkeit unterbreitet. Die beiden Räte von Braunschweig und Salzgitter beauftragten Mitte 2016 beide Verwaltungen, eine Machbarkeitsstudie zu erstellen, bevor politisch über das Interkommunale Gewerbe- und Industriegebiet entschieden wird. Seitdem wurde an der Studie gearbeitet.

So geht es weiter

Die Machbarkeitsstudie zum Interkommunalen Gewerbe- und Industriegebiet Braunschweig-Salzgitter wird zur Kenntnis genommen. Variante 4 (siehe die angehängte Machbarkeitsstudie) wird nicht weiterverfolgt. Die aufgezeigten Varianten 1 und 2 werden weiter verfolgt unter folgenden Bedingungen:

- ¿ Der Regionalverband Großraum Braunschweig hebt im Einvernehmen mit dem Land Niedersachsen das Vorranggebiet Kiesabbau auf;
- ¿ Das Land Niedersachsen erklärt sich verbindlich bereit, eine 40-prozentige Landesförderung zu den Gesamtkosten zu ermöglichen;
- ¿ Das Land Niedersachsen und die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr stimmen dem Bau einer zweiten Anschlussstelle der A 39 zur K 16 zu und sichern eine 60-prozentige Förderung zu;
- ¿ Maßnahmen zur Lenkung des Lkw-Verkehrs, insbesondere im Stadtgebiet Salzgitter, werden mit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr und dem Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung abgestimmt, mit dem Ziel, die Lkw-Verkehrsbelastung in den betroffenen Ortschaften deutlich zu minimieren oder sogar ganz auszuschließen, und im Rahmen der Realisierung umgesetzt;
- ¿ Eine Mobilitätsstudie erarbeitet Maßnahmen für den öffentlichen Personennahverkehr (PNV), den Radverkehr und zur Förderung von Mitfahrern in Pkw, um den ambitionierten Anteil von 25 Prozent am Verkehrsaufkommen im Umweltverbund zu erreichen.
- ¿ Die Verwaltungen der Städte werden beauftragt, die offenen Fragen zu klären und über den Fortgang der Gespräche mit den beteiligten Ministerien und Behörden zu berichten. Bis Ende September 2019 werden belastbare Ergebnisse, insbesondere zu den erforderlichen Landesförderungen, erwartet, die notwendige Bedingungen für die Weiterentwicklung des Gesamtprojektes sind.
- ¿ Auf Grundlage der Abstimmungsergebnisse können die Räte beider Städte bis spätestens Ende 2019 über die abschnittsweise Realisierung des Interkommunalen Gewerbe- und Industriegebietes Braunschweig-Salzgitter entscheiden.

